

## **Antrag A2**

Antragsteller: Landesvorstand der Frauen Union der CDU in Niedersachsen

Thema: **Einführung eines Handyverbots an Grundschulen**

### **Antrag zum Landesdelegiertentag der Frauen Union am 07.09.2024**

Der Landesdelegiertentag der Frauen Union Niedersachsen möge beschließen:

#### **Einführung eines Handynutzungsverbots an Grundschulen:**

Die Frauen Union Niedersachsen fordert die Einführung eines generellen von mobilen Endgeräten an Grundschulen. Im Einzelnen fordern wir die Landesregierung dazu auf:

- ein generelles von mobilen Endgeräten für Schülerinnen und Schüler in Klassenräumen und auf dem Grundschulgeländen einzuführen
- Durchführung von Informationsveranstaltungen für Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler über die verantwortliche Nutzung von mobilen Endgeräten
- bessere Integration von Medienkompetenz und verantwortungsbewusstem Umgang mit digitalen Geräten in den Unterricht

#### **Begründung:**

Das Verbot von mobilen Endgeräten soll dazu beitragen, die Konzentration der Schülerinnen und Schüler im Unterricht zu verbessern. Grundschulen sollen auch in digitaler Hinsicht ein sicherer Raum für die Kleinsten sein.

Die zunehmende Verbreitung von Smartphones und anderen mobilen Endgeräten in unserer Gesellschaft hat auch vor den Grundschulen nicht Halt gemacht. Viele Kinder besitzen bereits in jungen Jahren ein eigenes Handy und nutzen es regelmäßig. Obwohl diese Geräte nützliche Werkzeuge sein können, stellen sie im schulischen Umfeld eine Reihe von Herausforderungen dar.

Die ständige Verfügbarkeit von Handys wirkt sich negativ auf die soziale Interaktion aus. Kinder, die ihr Handy in den Pausen benutzen, haben weniger direkte Kommunikation mit ihren Mitschülern, was die Entwicklung sozialer Fähigkeiten behindert. Lehrkräfte berichten zudem, dass es immer schwieriger wird, die Aufmerksamkeit der Schülerinnen und Schüler zu gewinnen, da die Versuchung, sich mit dem Handy zu beschäftigen, allgegenwärtig ist.

Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass Mobiltelefone den Zugang zu Plattformen ermöglichen, auf denen extremistische und gefährliche Inhalte verbreitet werden. Dies stellt ein erhebliches Risiko für die psychische und physische Gesundheit der Kinder dar. Durch die Einführung eines Handyverbots soll dieses Risiko minimiert und ein sicherer Schulraum geschaffen werden, in dem das Lernen und die soziale Interaktion im Vordergrund stehen.

In Ländern wie Frankreich und Italien wurden bereits positive Erfahrungen mit einem Handyverbot an Schulen gemacht. Solche Maßnahmen haben gezeigt, dass die Schülerinnen und Schüler konzentrierter und engagierter am Unterricht teilnehmen, was zu besseren schulischen Leistungen führt.

Mit der Einführung eines Verbots an Grundschulen wollen wir ein schulisches Umfeld schaffen, das frei von extremistischen und gefährdenden Inhalten ist und in dem die Schülerinnen und Schüler ihre

sozialen und schulischen Fähigkeiten voll entfalten können. Wir fordern die zuständigen Bildungsbehörden auf, diese Maßnahme zu unterstützen und umzusetzen, um die bestmögliche Entwicklung unserer Kinder zu gewährleisten.